

AUS DEM STADTRAT



Aktuelle Debatte zum Thema *MVB als Schrittmacher von ÖPNV und MIV.* *Zwischen aktueller Baustellenausnahmesituation und Verkehrsdienstleister für Kunden*

Redebeitrag von Stadtrat René Hempel, Mitglied im Aufsichtsrat der MVB GmbH & Co. KG

„[...] in unserer heutigen aktuellen Debatte zum ÖPNV der LH Magdeburg haben wir es sicherlich mit einem der emotionalsten und spannendsten Themen in der Stadt zu tun. Tunnelbaustelle, Halberstädter Straße, Barrierefreiheit, steigende Ticketpreise. Das Feld der Kritik ist weit und groß, aber ebenso sollte es das Lob sein.

Denn viele Mitarbeiter*innen leisten unter den gegenwärtigen Bedingungen großartiges und halten den Laden mit am Laufen. Dafür unseren Dank! Dennoch; es wird eben nicht alles falsch gemacht, der Blick aber oft auf das Kritische gelenkt. Die Mammutaufgabe einen modernen ÖPNV zu schaffen, müssen wir gemeinsam ohne Scheuklappen angehen. Denn die bisherige Finanzierungsart und der bisherige Stellenwert der MVB in dieser Stadt, nämlich nicht oberste Priorität inne zu haben, haben Anteil an dem Zustand vieler Strecken, dem Fuhrpark aber auch der Personalsituation. Denn das Motto kann nicht über Jahrzehnte lauten, dass man die MVB systematisch unterfinanziert und dann das optimale verlangt. Der dadurch aufgebaute Investi-

onsstau ist nur schwer wieder abzubauen. Und die Antwort kann nicht als regelmäßige Ticketerhöhung gegeben werden. Hier sind alle Ebenen vom Bund bis zur Kommune gefragt, Investitionsgelder bereit zu stellen. Stellen Sie sich für einen Moment die im Tunnel versenkten Millionen als direkte Investition in den ÖPNV vor. Herr Trümper – dieser Tunnel ist Ihre Elbphilharmonie – allerdings ohne schöne Akustik, dafür aber mit allen Bauverzögerungen und Kostensteigerungen.

Wir LINKEn sehen den ÖPNV als einen wichtigen Faktor der öffentlichen Daseinsvorsorge, da er vielen Menschen Mobilität erst möglich macht, welche die Grundlage für Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, Arbeit und Freizeit bildet. Sie ist vor allem Grundlage einer nachhaltigen und ökologischen Mobilität, welche wir schrittweise stärken und ausbauen wollen. Wir wollen weg von der Autostadt - hin zu einer modernen Stadt, die ihren Schwerpunkt in den Ausbau des ÖPNV setzt. Daher unterstützen wir auch die geplanten und angegangenen Ausbauprojekte, die neue Teile der Stadt für den Straßenbahnverkehr erschließen und die Attraktivität des ÖPNV steigern wird. Besonderes Augenmerk haben wir dabei auf die vollständige Barrierefreiheit des gesamten Net-

In dieser Ausgabe:

- Zu Rederecht und Redezeit - Stadtratsvorsitzender Schumann (MdL) mit völlig falscher Wahrnehmung!** 2
- Angehende Erzieher/innen zu Gast in der Fraktionsgeschäftsstelle** 3
- Ignoranz und Wegschauen lösen bestehende Probleme beim Übergang von der Krankenhausbehandlung zur Pflege nicht** 3
- Die öffentliche Hand nicht durch fehlende Einnahmen schwächen** 4
- Die Fraktion in Klausur: Zu Gast im Schmuckhof des Museums** 4

zes der MVB, welches ja auch durch eine gesetzliche Verpflichtung bis 2022 vorgeschrieben wird:

Behindertenbeauftragter:

„Von den Magdeburger Schwerbehinderten sind rund 9.800 in ihrer Mobilität wesentlich beeinträchtigt (Merkzeichen aG und G), grob geschätzt sind mindestens 2.000 von ihnen auf einen Rollstuhl angewiesen. 293 sind blind, 201 gehörlos und ca. 4.500 haben Anspruch auf die Mitnahme einer Begleitperson im ÖPNV (Merkzeichen B). Als hilflos gelten ca. 2.200 Menschen (Merkzeichen H). [...] Für blinde und sehbehinderte Fußgänger stellt sich der Weg von der Straßenbahn zum Hauptbahnhof derzeit



René Hempel während der aktuellen Debatte im Stadtrat am 16.03.2017 (Foto: J. Schmidt)

als kaum lösbare Herausforderung dar, zumal die Ab-sperrungen je nach Baufortschritt ständig verändert werden.“

Es klafft eine gigantische Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit

Der Begriff "vollständig barrierefrei" zielt auf ein umfassendes und flächenhaftes Modell. Die Barrierefreiheit muss für alle NutzerInnen-gruppen angeboten werden, auch für zeitweise mobilitätseingeschränkte Menschen, wie Personen mit großem Gepäck, mit Kinderwagen, Ortsunkundige und Menschen ohne Deutschkenntnisse – eben Zugänglichkeit für alle Fahrgäste. Außerdem sollte die gesamte Reisekette im ÖPNV behinderungsfrei sein. Ausnahmen beim Ausbau sind zu begründen Pauschale Ausnahmen- also einfach zusagen „geht einfach nicht“ - sind unzulässig.

Die Schaffung von "Barrierefreiheit" ist als ein

Prozess zu verstehen, der in der LH leider viel zu spät begonnen worden ist. Daher ist der Zielplan auch nicht mehr einzuhalten.

„Im Jahr 2015 kamen keine neuen barrierefreien Haltestellen hinzu.“ (Behindertenbeauftragter)

Allein dies ist schon Ausdruck einer Ignoranz bzgl des Themas in dieser Stadt, die ihresgleichen sucht. Nun gilt es Prioritäten zu setzen, Stufenlösungen zu generieren. Neben dem barrierefreien Zugang zu Haltestellen und Fahrzeugen sind auch barrierefreie Informationen zur Nutzung des ÖPNV und der barrierefreie Aufenthalt in den Fahrzeugen in den NVPs zu beschreiben. Ein barrierefreies Ticketing wäre eine Wohltat für alle ÖPNV-Nutzer*innen. Das elektronische Ticket könnte hier ein Schritt in die richtige Richtung sein. Ein Fahrkartenschalter ist, durch die Möglichkeit der direkten Beratung, eine bessere Lösung als ein Automat. Eine vollständig barrierefreie Lösung wäre eine Nahverkehrsabgabe zur Finanzierung einer fahrscheinfreien ÖPNV-Nutzung: Völlig frei vom Zwang,

sich in Tarifen auskennen zu müssen, könnte dies eine ideale Umsetzung der Design-für-alle-Idee sein. Wir LINKE haben gemeinsam mit den Grünen zum Thema Fahrscheinfreier ÖPNV eine gemeinsame Veranstaltung, welche großes Interesse und Neugier weckte, gemacht. Sie sehen die Ideen sind da. Wir werden an diesem Thema dran bleiben und für neue Lösungen streiten und Alternativen zu ihrem „immer weiter so“ entwickeln.

Größter Kritikpunkt an der MVB meinerseits ist die Art und Weise der Kommunikation, die oft unzureichend und zu spät erfolgt. Mit Ehrlichkeit und Offenheit kann man eben mehr erreichen. Den neuen Fahrplan ab April werde ich als einen großen Fortschritt in der Baustellensituation dieser Stadt. Alle westlichen Stadtteile haben eine direkte Verbindung in die Innenstadt erhalten. Die Kritik der GWA und der vielen EinwohnerInnen an vorherigen Plänen wurde aufgegriffen und in der Tat ist der Wille erkennbar, Dinge zu verändern. Manchmal in kleinen Gesten wie, das Cracau „seine Linie4“ zurückbekommen hat.“

Zu Rederecht und Redezeit - Stadtratsvorsitzender Schumann (MdL) mit völlig falscher Wahrnehmung!

Es ist dem Stadtratskollegen Meister (MdL) und den Grünen für ihre Initiative, vor Gericht zu ziehen und erfolgreich zu klagen, herzlich zu danken.

Schon wenige Tastenklicks auf der Internetpräsenz der Landeshauptstadt Magdeburg unter den Ratsinformationen im Sitzungskalender entlarven, dass die Ausführungen des Stadtratsvorsitzenden Andreas Schumann (CDU) so keineswegs stimmen, sondern vielmehr von einem von CDU und SPD abgestimmten Kalkül zeugen, um aus ihrer Sicht unnötige oder besser ungern geführte Diskussionen aus der Ratssit-

zung zu verbannen, weil beide Fraktionen aufgrund ihrer Beigeordneten mit Parteiausweis, die in der Regel auch an den jeweiligen Sitzungen ihrer Fraktionen teilnehmen, ohnehin vom Herrschaftswissen partizipieren. So gab es in 2016 bei lediglich drei von elf Stadtratssitzungen, die Notwendigkeit einer Fortsetzung am darauffolgenden Montag. Dabei ist eine dieser drei Sitzungen schon die Haushaltsdebatte, die quasi als eigenständige Stadrats-sitzung hier eigentlich gar nicht mitzuzählen ist. In 2015 musste der Stadtrat ganze viermal montags nachsitzen – auch hier schon inklusive einer Haushaltsdebatte. Selbst ein Blick in die Jahre 2014 und 2013 offenbart schnell ein sehr ähnliches Bild und ein wohl



eher fragwürdiges Demokratieverständnis: Wollen bspw. der OB oder CDU bzw. SPD im Stadtrat etwas besprechen, passt das selbstverständlich immer ganz genau zum Thema, haben etwa LINKE oder Grüne Gesprächsbedarf ist das Ausschussarbeit, die natürlich gerade nicht hierher gehört!

Der Stadtratsvorsitzende Schumann

(MdL) sollte lieber einmal kritisch die Vielzahl sogenannter EIL-Drucksachen hinterfragen, mit der Oberbürgermeister und Verwaltung mitunter offenbar beinahe systematisch den ehrenamtli-

chen Stadtrat torpedieren. Wenn nämlich aufgrund zu kurzer Beratungsfristen für Diskussionen in den Ausschüssen keine Zeit bleibt, braucht man sich hinterher nicht zu wun-

dern, wenn Stadtratssitzungen vielleicht auch einmal etwas länger dauern!

Oliver Müller
Stadtrat

Angehende Erzieher/innen zu Gast in der Fraktionsgeschäftsstelle

Etwa 20 angehende Erzieherinnen und ein Erzieher besuchten am 16. März in Begleitung Ihrer didaktischen Leiterin des Ausbildungsseminars von der FIT GmbH, Frau Dr. Gabriele Czech, zu einem Fachgespräch über Zukunftsfragen ihrer Ausbildung im Kontext möglicher Einsatzfelder in Magdeburger Kitas die Geschäftsstelle der Fraktion DIE LINKE/future! im Rathaus. Organisiert hatte Fraktionsgeschäftsführer und ehem. Lehramtsstudent von Dr. Czech, Oliver Müller, eine Diskussionsrunde mit weiteren am Thema arbeitenden Vertreterinnen: Frau Astrid Pierau, seit über 40 Jahren Kindergärtnerin und aktuell Kita-Leiterin der AWO-Kita „Kleiner Rabe“ in Lemsdorf sowie Frau Ide, seit 3 Jahren Bereichsleiterin für die bislang drei kommunalen Kitas innerhalb des städt. Eigenbetriebes Kommunales Gebäudemanagement (KGM). Schon nach wenigen Minuten entbrannte eine spannende Diskussion über mögliche Einsatzfelder zwischen

Hort und Kita, modernen Sozial- und Organisationsformen wie der offenen Gruppenarbeit, aktuell erfolgreich erprobt in Lemsdorf sowie notwendigen Grundlagen der methodisch-didaktischen Ausbildung. Eine Rathausführung sowie der Besuch der Stadtratssitzung mit Sitz auf der Besuchertribüne

rundeten diesen Programmtag ab. Allen Beteiligten sei herzlich gedankt!

Oliver Müller
Stadtrat
(Foto: J. Schmidt)



Angeregte Gespräche zwischen angehenden Erzieher/innen mit der zuständigen Mitarbeiterin für die kommunalen Kitas in Magdeburg und einer erfahrenen Leiterin einer Einrichtung unter freier Trägerschaft in Magdeburg.

Außerdem in der Stadtratsberatung vom 16. März:

Ignoranz und Wegschauen lösen bestehende Probleme beim Übergang von der Krankenhausbehandlung zur Pflege nicht!

In einer Antwort auf eine Anfrage bestätigte die Stadtverwaltung, dass es beim Übergang von der Krankenhausbehandlung zur Pflege größere Probleme in Magdeburg gibt, deren Ursachen eher unbekannt und länger nicht wissenschaftlich erforscht wurden. Zur Stadtratssitzung am 16. März 2017 kam aus der Fraktion DIE LINKE/future! deshalb der Antrag zu prüfen, ob und wenn ja bis wann und unter welchen Bedingungen im Rahmen einer Kooperation mit der Hochschule Magdeburg-Stendal eine wissenschaftliche Untersuchung des

Entlassungsmanagements vorgenommen werden kann, die die Ursachen anhand empirischen Zahlenmaterials erforscht und Lösungsansätze ableitet.

Eine Mehrheit aus CDU und SPD lehnte ohne auch nur einen Grund im Stadtrat zu benennen den eingebrachten Antrag ab. Die Sorgen und Nöte der betroffenen Patient*innen und deren Angehörigen sind ihnen offensichtlich gleichgültig. Nicht nur die älteren Menschen in unserer Stadt sondern auch die Verantwortlichen an der Hochschule Magdeburg-Stendal dürften sich angesichts dieser Blockadehaltung verwun-

dert und fassungslos die Augen reiben. Ignoranz und Wegschauen können aus unserer Sicht die bestehenden Probleme nicht lösen, sondern tragen dazu bei, sie zu verschärfen.

Karsten Köpp
Stadtrat



Die öffentliche Hand nicht durch fehlende Einnahmen schwächen

Zur abschließenden Beratung lagen dem Stadtrat am 16. März 2017 die Anträge der Fraktion DIE LINKE/future! zur Einführung der Magdeburger Kulturförderabgabe vor, die ab dem 1. Januar 2018 erhoben werden sollte. Personen ab 18 Jahren sollten zukünftig für ihre entgeltlichen privaten Übernachtungen in Beherbergungsbetrieben eine 5-tige% Steuer entrichten. Leider fand dieses Anliegen nicht die nötige Unterstützung im Stadtrat.

Dass eine solche Abgabe sparsam, wirtschaftlich und zum Nutzen der Allgemeinheit erhö-

ben werden kann, zeigt eine Vielzahl positiver Beispiele. Sie findet man in allen Teilen Deutschlands, im Norden wie im Süden genauso wie im Westen und im Osten. So in den Städten Berlin, Dresden, Eisenach, Erfurt, Gera, Potsdam, Schwerin, Weimar und Wismar ebenso wie in Bonn, Bremen, Bremerhaven, Dortmund, Flensburg, Freiburg, Hamburg, Köln, Lüneburg und Münster.

Wie die Ergebnisse der aktuellen Tourismusstatistik (Statistisches Landesamt, Halle 01.03.2017) zeigen, stieg 2016 die Zahl der Übernachtungen in vielen Regionen Sachsen-Anhalts. Magdeburg konnte 2016 ein deutliches Plus von 3,4% im Vorjahresvergleich verbuchen. Die Kulturförderabgabe wäre hier eine Chance gewesen, die Einnahmen der Stadt deutlich zu erhöhen, ohne nachteilige Effekte befürchten zu müssen. Mehr als eine halbe Million Euro an Mehreinnahmen erschienen nach vorsichtigen Schätzungen möglich.

Möglich und notwendig wären diese Mehreinnahmen vor dem Hintergrund einer klammen Stadtkasse und den vielfältigen Herausforderungen, die unsere Stadt in den kommenden Jahren zu meistern hat. Neben vielen anderen Aufgaben sind das die Kunst und Kultur in unserer Stadt, deren umfangreiche Förderung ein wichtiges und zentrales Anliegen der Stadt ist.

Bei einer steigenden Zahl von Tou-

ristinnen und Touristen hätte sich das Beherbergungsgewerbe und der als Lobby agierende Deutsche Hotel- und Gaststättenverband (DEHOGA) keine Sorgen machen müssen, hat man doch mit dem am 1. Januar 2010 in Kraft getretenen Wachstumsbeschleunigungsgesetz satte Steuergeschenke erhalten, als der Mehrwertsteuersatz für Beherbergungsleistungen von 19 auf 7 Prozent gesenkt wurde.

Doch statt dem Grundsatz zu folgen, das sich Nehmen und Geben stets die Waage halten sollte, malten mit Blick auf die vorgeschlagene Kulturförderabgabe Oberbürgermeister und CDU geradezu den Untergang des Abendlandes an die Wand. Wenig überzeugend war in diesem Zusammenhang auch die Position der SPD im Stadtrat, die lieber bis zum Sankt Nimmerleinstag warten möchte, bevor sie mögliche und notwendige Mehreinnahmen für den Haushalt der Stadt realisieren will. Diese Haltung erscheint höchst fragwürdig, denn wer öffentliche Aufgaben wie die Kulturförderung wahrnehmen will, der sollte die öffentliche Hand nicht durch fehlende Einnahmen schwächen.

Karsten Köpp
Stadtrat

Herausgeber:

Fraktion DIE LINKE/future! im Stadtrat der LH Magdeburg

V.i.S.d.P.:

Oliver Müller,
Fraktionsgeschäftsführer
Redaktion:
Janine Schmidt,
Fraktionsassistentin

Für den Inhalt der Texte haften die jeweils genannten Autorinnen und Autoren.

Adresse:

Alter Markt 6
39104 Magdeburg

Telefon:

0391-540 2226
Fax: 0391-540 2529
E-Mail: DIELINKE.Fraktion
@magdeburg.de

Internetseite:

www.dielinke-magdeburg.de/stadtratsfraktion

Fraktionstermine im

April 2017:

03.04.2017, 17:00 Uhr

Fraktionsberatung im Rathaus,
Raum 340

18.04.2017, 17:00 Uhr

Fraktionsberatung im Rathaus,
Raum 340

20.04.2017, 14:00 Uhr

Stadtratsberatung, Altes Rathaus,
Ratssaal

Senden Sie uns eine E-Mail und wir schicken Ihnen die Zeitung im PDF-Format zu!

Die Fraktion in Klausur: Zu Gast im Museum

Am 24. und 25. Februar 2017 traf sich die Fraktion zu einer Klausurtagung im Schmuckhof des Kulturhistorischen Museums um sich über aktuelle Fragen und Aufgaben zur Halbzeit der Wahlperiode auszutauschen, sowie Themen und Strategien für die verbleibende Zeit bis zu den Kommunalwahlen 2019 zu beraten. Mit dabei waren daher auch die Vorsitzende des Stadtverbandes DIE LINKE Magdeburg, Iris Gottschalk, sowie der stellv. Vorsitzende der Partei future! - Die junge Alternative, Stephan Bublitz. In angenehmer und konstruktiver Atmosphäre wurden mögliche Projekte für die kommunalpolitische Arbeit abgesteckt, aber auch kritisch über die

parteischädigenden Folgen und ihr ebensolches Agieren im Stadtrat nach der Abspaltung von Frank Theile und der Eheleute Boeck von unserer Linksfraktion gesprochen.

Oliver Müller
Fraktionsvorsitzender
(Foto: J. Schmidt)



Die Fraktion im Schmuckhof im Kulturhistorischen Museum Magdeburg.